

**Schlusserklärung zum Doppelhaushalt 2025/26**  
**Thorsten Köster, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion,**  
**im Rat am 17. Dezember 2024**

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die rot-grüne Uhr, die Uhr der diesjährigen Haushaltsmehrheit, ist am 1. September stehengeblieben. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, dass SPD und Grüne die Krise bei Volkswagen mit allen in ihrer Härte erwartbaren, bereits jetzt absehbaren und in der Konsequenz einschneidenden Folgen für Braunschweig schlicht und einfach ignorieren. Heute sitzen die Tarifpartner erneut zusammen und natürlich appelliere ich an dieser Stelle an alle Beteiligten, eine Lösung im Sinne der Beschäftigten zu finden. Denn viel quälender als die Gewissheit ist die Ungewissheit – denn die Sorgen sind groß bei Volkswagen und natürlichen auch bei den Zulieferern. Eines ist klar: Menschen, die heute nicht wissen, ob sie im nächsten Jahr noch Arbeit haben, kaufen keine Wohnung, kaufen kein Haus, beauftragen keinen Handwerker, tätigen keine größeren Investitionen und halten sich auch bei ihren Weihnachtseinkäufen zurück. Die Entwicklungen bei Volkswagen haben direkten Einfluss auf unseren städtischen Haushalt und deshalb ist es fahrlässig, diese einfach auszublenken und keinerlei Vorsorge zu treffen!

Für solche Krisen kann und muss man Vorsorge treffen, das haben wir als CDU in den vergangenen Jahren stets eingefordert. Doch die rot-

grüne Haushaltsmehrheit hat das immer vom Tisch gewischt, sonst würden wir deutlich besser gerüstet sein. Mehr als Lippenbekenntnisse ohne jegliche inhaltliche Konsequenz gab es von SPD und Grünen in den zurückliegenden Jahren nicht.

Doch Kommunen können in Deutschland, übrigens anders als in den USA, nicht insolvent werden. Die Insolvenz von öffentlichen Gebietskörperschaften ist gesetzlich ausgeschlossen, und das ist auch richtig so. Denn die Daseinsvorsorge für die Menschen muss gesichert bleiben, auch wenn Kommunalpolitik versagt. Dafür stellen Bund, Länder und Kommunen eine gesamtstaatliche Haftungsgemeinschaft dar. Im Extremfall müssen also die Länder für ihre Kommunen und der Bund für die Länder einstehen. Das bedeutet – das will ich gleich zu Beginn meiner Rede deutlich sagen – allerdings auch, dass Bund und Länder nicht ständig neue Aufgaben auf die Kommunen delegieren können, ohne für eine angemessene finanzielle Ausstattung zu sorgen. Jedoch ist für die CDU genauso eindeutig, dass uns diese gesamtstaatliche Haftungsgemeinschaft nicht von eigenen Anstrengungen entbindet, um Rekordschulden von einer Milliarde Euro am Ende von 2026 und von zwei Milliarden Euro am Ende des Jahres 2029 – rund die Hälfte davon als Liquiditäts- also quasi Überziehungskredite – noch zu verhindern. Prestigeobjekte und Selbstdarstellung als Empfehlung für höhere Ämter scheinen in Braunschweig zuletzt jedoch ein größeres Gewicht zu haben.

Ungeachtet dessen möchte ich an dieser Stelle aber zunächst im Namen der CDU-Ratsfraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung danken. Die können ja schließlich nichts für die fatalen Entscheidungen. Sie haben dafür gesorgt, dass wir alle hier im Rat die Fakten vorliegen haben, die notwendig sind, um sachgerecht bewerten und beraten zu können. Wie das im

politischen Leben aber nun einmal so ist, fällt die Bewertung der Fakten unterschiedlich aus.

Rot-Grün ist dabei, Braunschweig in seine größte Finanzkrise zu stürzen. Das ist unbestritten. Gäbe es also in Deutschland ein Insolvenzrecht für Kommunen, dann wäre unsere Stadt jetzt am Kipppunkt und nach dem Beschluss des Doppelhaushaltes 2025/26 auf der rasanten und ungebremsten Fahrt in die Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung. Die mittelfristige Finanzplanung der Stadtverwaltung – diese Zahlen hatte ich eben bereits angeführt – geht am Ende von 2026 von einer Milliarde Schulden aus und am Ende von 2029 schon von zwei Milliarden Euro Schulden. Das sind unvorstellbar große zehnstellige Summen, die künftige Generationen massiv belasten werden. Rot-Grün hatte einmal das Ziel einer „nachhaltigen strategischen Haushaltssicherung“ ausgegeben und per Beschluss im Haushalt 2019 verankert. Da war die Vorgabe – ich zitiere – „bis zum Ende der Kommunalwahlperiode 2021-2026 einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, der ohne Rückgriff auf die Überschussrücklagen auskommt“. Doch in der Folge haben Sie nicht nur die dafür notwendigen Schritte unterlassen, im Gegenteil haben sie mit Ihren Anträgen, Beschlüssen und Haushalten die Lage weiter verschlimmert. Dass Sie Ihren Antrag zum Haushalt 2019 gerne vergessen machen würden, sieht man nicht nur an ihrem Handeln, sondern auch an dem Umstand, dass dieser – anders noch als in der Vorlage zur Haushaltssatzung 2023/24 – auch bei der Verwaltung keine Erwähnung mehr findet. Vielleicht mögen Sie den Braunschweigerinnen und Braunschweigern heute erläutern, ob Sie sich an diesen Beschluss weiterhin gebunden wissen. Dann müssen Sie aber auch danach handeln.

Wer die Braunschweiger Zeitung von heute gelesen hat, wird feststellen, dass wir kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem in

dieser Stadt haben. Alle, die dem Doppelhaushalt 2025/26 zustimmen wollen, sollten sich diese Zeilen ganz genau durchlesen und überlegen, ob sie ihren Kindern, Enkeln und – wenn Sie so weitermachen – vielen weiteren Generationen so eine desolate Situation hinterlassen wollen. Nicht nur Finanzdezernent Geiger hat bereits in den vergangenen Jahren gemahnt, auch die CDU-Fraktion hat regelmäßig vor dem finanzpolitischen Kollaps gewarnt. Das können Sie alles nachlesen, das meiste hat noch heute Gültigkeit. Und stets haben wir darauf hingewiesen, dass – gerade in wirtschaftlich starken Jahren – die Zeit für einen Kurswechsel genutzt werden muss, um eine Überschuldung noch zu verhindern. Doch bereits 2027 werden die Rücklagen aufgebraucht sein, dann muss ein Haushaltssicherungskonzept her, bei dem nicht mehr der Rat der Stadt Braunschweig entscheidet, sondern Hannover. Dann geht es nicht mehr darum, wer wieviel mehr bekommt, sondern nur noch, wie hoch die Einsparungen zu sein haben.

Sicherlich wird Herr Bratmann gleich wieder einmal behaupten, dass – ich nehme das Zitat schon einmal vorweg – „unter sozialdemokratischer Haushaltsführung die Rücklagen sogar gestiegen seien, trotz der Kritik der CDU.“ Dann schauen wir uns Mal die konkreten Zahlen an: Von 2001 bis 2014 wurde unter CDU, FDP und Oberbürgermeister Dr. Hoffmann eine Rücklage aufgebaut, die am Ende von 2014 insgesamt 208,2 Millionen Euro ausmachte – das sind durchschnittlich 16 Millionen Euro Aufwuchs pro Jahr. Und am Ende von 2024 wird die Rücklage bei 241,9 Millionen Euro stehen, das bedeutet eine Differenz von lediglich 33,7 Millionen Euro oder einen jährlichen Aufwuchs unter Rot-Grün von gerade einmal 3,4 Millionen Euro – also gerade einmal 20 Prozent, und das auch noch in wirtschaftlich deutlich besseren Zeiten. An dieser Stelle sei nur an die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und

2009 erinnert, mit nicht einmal 90 Millionen Euro Einnahmen bei der Gewerbesteuer in 2009.

Und wenn man die Vergangenheit beiseitelässt, lässt einen der Blick in die Zukunft erschauern: So lange, wie CDU und FDP für einen gewissenhaften Aufbau der Rücklagen benötigten, so schnell verpulvert Rot-Grün diese. Bereits 2026 wird die Rücklage aufgebraucht sein – ohne Passivposten aufgrund zunächst der Corona-Pandemie und später des Angriffs auf die Ukraine wäre Braunschweig bereits im laufenden Jahr 2025 pleite.

Für die CDU-Ratsfraktion steht fest: So darf es in Braunschweig nicht weitergehen! Wir lehnen den vorgelegten Haushaltsentwurf kategorisch ab. Diese Entscheidung haben wir nicht leichtfertig getroffen, doch sie ist uns aufgrund Ihres Handelns sehr leicht gefallen.

Ich darf an dieser Stelle daran erinnern, dass bei der Diskussion über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Braunschweig am 11. Juni dieses Jahres unser finanzpolitischer Sprecher Claas Merfort von dieser Stelle aus die Überkompensation durch die Anhebung der Grundsteuer grundsätzlich kritisiert und dennoch unsere Zustimmung zur Verwaltungsvorlage erklärt hat. Denn wie bereits im Rahmen des unter dem Namen „KGSt-Prozess“ bekannt gewordenen Projektes zur Haushaltskonsolidierung deutlich gemacht, gelingt ein solches nur, wenn es einen ausgewogenen Mix an Einnahmesteigerungen und Ausgabekürzungen gibt. Verbunden mit der Zustimmung hatten wir daher auch drei inhaltliche Punkte, um diese Ausgewogenheit herzustellen:

1. Aussetzung der Dynamisierung
2. Zurückhaltung der Fraktionen bei Haushaltsanträgen

### 3. Weitere Einsparvorschläge der Verwaltung in Höhe der Überkompensation, also rund sieben Millionen Euro

Bereits im Beschlusstext zur Einführung der Dynamisierung heißt es, dass diese nur so lange erfolgen könne, „soweit es die Haushaltslage zulässt“. Wir können uns das aber schon lange nicht mehr leisten – wie übrigens viele andere niedersächsische Kommunen auch, die sie ausgesetzt haben. Unser Antrag dafür hat keine Mehrheit gefunden.

Um mehr als 3,5 Millionen Euro haben SPD und Grüne mit ihren Anträgen den Ergebnishaushalt noch einmal ausgeweitet. Von Zurückhaltung kann man hier nun definitiv nicht sprechen.

Und vergeblich haben wir auf weitere Einsparvorschläge der Verwaltung gewartet.

Wenn man wie Braunschweig pleite ist, sollte sich Kommunalpolitik auf das Wesentliche wie Schulen, Krankenhäuser und Instandhaltung der vorhandenen Infrastruktur konzentrieren und das wenigstens gut machen. Aber nicht einmal das gelingt Ihnen. Das Defizit des Klinikums wächst und wächst. Für dieses laufende Jahr war ein Rekorddefizit – so die Braunschweiger Zeitung – von rund 54 Millionen Euro vorgesehen. In der aktuellen Hochrechnung wird das Minus bis zum Jahresende aber auf mehr als 70 Millionen Euro hochschnellen. Das entspricht einer Verschlechterung um etwa 30 Prozent. In der mittelfristigen Finanzplanung steigt das Defizit bis auf fast 90 Millionen Euro. Ein Rekord jagt den nächsten – doch leider sind wir nicht im Rennsport, sondern bei Schuldenhaushalten von SPD und Grünen.

Unverdrossen planen Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, trotzdem weitere Großprojekte, etwa den Hagenmarkt, die Umgestaltung des Bahnhofsumfelds oder die Velorouten, für viele Millionen Euro. Das alles

soll wie eigentlich immer bei Rot-Grün kreditfinanziert werden, dabei kann die Stadt schon jetzt Tilgungen und Zinslast bestehender Verbindlichkeiten nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. Deswegen bleibt unsere Position unverändert: Erst bereits begonnene Projekte abschließen, bevor neue in den Haushalt gestellt werden. Das halten wir für eine seriöse Herangehensweise, um den Haushalt nicht weiter ausufern zu lassen.

In den zurückliegenden Haushaltsdebatten verwies die SPD – mehr oder minder glaubhaft – ja darauf, dass mit Investitionskrediten auch bleibende Werte geschaffen würden und sich diese alleine deshalb schon bezahlt machen würden. Doch wie sieht eigentlich Ihre Ausrede bei den Liquiditätskrediten aus? Denn das unaufhörliche Ansteigen der Liquiditätskredite auf rund eine Milliarde Euro bis 2029 schafft keine Werte, sondern wird nicht nur von uns für besonders problematisch gehalten. Braunschweig kann diese „Überziehungskredite“ nicht mehr zeitnah zurückzahlen. Und damit droht bei Zinssteigerungen für Kommunalkredite ein sprunghafter Anstieg an Kreditfinanzierungskosten. Man stelle sich nur einmal vor, wie viele Erzieher, Mitarbeiter im Zentralen Ordnungsdienst oder Sozialpädagogen für unsere Grundschulen wir anstellen könnten, wenn wir nicht Zinslasten in Höhe von 25 Millionen Euro in 2026 und fast 75 Millionen Euro in 2029 zu schultern hätten. Wie viele Schulen und Kindergärten wir sanieren könnten, wie viele Feuerwehrehäuser wir neu bauen könnten. Und ja, auch das Defizit des Städtischen Klinikums wäre ohne diese enormen Zinsen aus eigenen Mitteln zu tragen.

Die dauernde Leistungsfähigkeit Braunschweigs hat die Niedersächsische Kommunalaufsicht bislang schon als gefährdet angesehen. Wir

dürfen gespannt sein auf das Urteil für diesen Haushalt, der sich ja noch einmal im Vergleich zu den Vorherigen deutlich verschlechtert darstellt.

Das, was von Ihnen und Ihrem Finanzdezernenten Christian Geiger jetzt zu erwarten wäre, wäre ein umfangreiches Konsolidierungsprogramm, dass das Schlimmste noch verhindern könnte. Aber trotz vielfältiger Ermahnungen passiert nichts. Und ja, auch das wiederhole ich hier: Für ein umfangreiches Konsolidierungsprogramm, welches seinen Namen verdient und welches nennenswerten Umfang hat, braucht es die entschiedene Unterstützung der Verwaltung. Den Beleg dafür haben Sie mit der globalen Minderausgabe im Jahr 2023 selbst geliefert. Für rund 16,5 Millionen Euro an Einsparungen mussten mehr als 100 vorrangig kleinteilige Maßnahmen gefunden werden. Eine Liste, die kein ehrenamtliches Ratsmitglied, auch nicht mit Unterstützung einer hauptamtlichen Geschäftsstelle, hätte zusammenstellen können.

Doch diese immer wieder vorgeschlagenen Minderausgaben in knapp zweistelliger Millionenhöhe sind angesichts der Herausforderungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein und eigentlich nicht einmal der Rede wert. Die rot-grüne Ratsmehrheit tut also so, als sei die Rekordverschuldung gar nichts Ungewöhnliches. Finanzpolitische Untätigkeit in dieser Situation ist aber schlicht und ergreifend verantwortungslos. Ungenügend. Eine glatte 6.

„Dramatisch“, „Krise“, „desolat“, „explodierende Schulden“, „desaströs“, „Rekord-Defizit“. Das sind nur einige wenige Zitate aus dem bereits angeführten Artikel in der Braunschweiger Zeitung von heute. Doch das ist auch das Urteil, welches die Braunschweigerinnen und Braunschweiger sich über SPD und Grüne in dieser Stadt bilden. Da können Sie noch so viele bunte und bewegte Bilder in den Sozialen Medien posten. Die



Braunschweigerinnen und Braunschweiger haben ein feines Gespür dafür, wie es um ihre Stadt bestellt ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass unser CDU-Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann die Stadt 2014 faktisch schuldenfrei an seinen SPD-Nachfolger Markurth übergeben hat. Seither geht es mit Braunschweig aber rapide bergab, nicht nur finanziell. In der jüngsten Analyse der Wirtschaftswoche ist Braunschweig im Dynamikranking auf Platz 57 unter 72 Großstädten verheerend zurückgefallen. 2012 zählte Braunschweig unter CDU-Führung auf Platz 8 in dieser Kategorie zu den dynamischsten Städten Deutschlands.

Vorausgegangen war der Wechsel von rot-grüner zu bürgerlicher Ratsmehrheit. Das war 2001, und damals stand die Stadt wie heute vor dem finanziellen Ruin. Damals betrug der Schuldenberg aus Defiziten und Kreditmarkt-Schulden allerdings „nur“ rund 475 Millionen Euro. CDU und FDP krepelten zusammen mit CDU-Oberbürgermeister Hoffmann die Ärmel hoch und schafften die Konsolidierung dank eines umfangreichen Sparpakets, strategischen Privatisierungen und klugen Investitionen. Überregional wurde das als „Das Wunder von Braunschweig“ gefeiert.

Vom Sparen und Konsolidieren halten Sozialdemokraten und Grüne, wie wir wissen, grundsätzlich eher wenig. Das sehen wir ja auch im Bund. Im Februar nächsten Jahres wird in Berlin aller Voraussicht nach ein Politikwechsel vollzogen, um Deutschland wieder wettbewerbs- und zukunftsfähig zu machen. Wir brauchen also ein Wunder von Deutschland. Und wir brauchen ein neues Wunder von Braunschweig! Doch das wird nur mit einem entschiedenen Politikwechsel geschehen. Als CDU stehen wir dazu bereit. Jederzeit, nicht erst 2026.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.